

# Eine neue Welt – nicht dasselbe in Grün!

## 12 Forderungen und Thesen von Greenpeace zum Erdgipfel von Rio 2012

### 1. Raubbau an der Natur stoppen

Zwanzig Jahre nach dem ersten Erdgipfel in Rio de Janeiro plündert der Mensch noch immer die Natur. Rio+20 muss die Grundlagen für einen Friedensvertrag mit der Natur legen. Geschicht dies nicht, machen sich die Regierungsvertreter mitschuldig an Leid und Tod von Millionen von Menschen durch Klimawandel und Naturzerstörung und missachten das Lebensrecht künftiger Generationen.

### 2. Ehrlich Bilanz ziehen und radikale Wende starten

Friedensvertrag mit der Natur bedeutet eine radikale Abkehr von der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dafür muss in Rio endlich eine ehrliche Bilanz gezogen werden. Seit 1992 haben Übernutzung, Belastung und Zerstörung der natürlichen Umwelt ungebremst zugenommen. Keine der drei Rio-Konventionen hat ihre Ziele bisher erreicht. Die Zerstörung der natürlichen Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine der denkbar größten Katastrophen der Menschheit. Sie muss daher mit weit größerer Entschlossenheit bekämpft werden als die Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre. Solange die Staaten die Ursachen ihres Scheiterns nicht offen analysieren und radikal neue Wege einschlagen, kann kein Gipfeltreffen eine Wende bringen.

### 3. Strikte Grenzen für Naturverbrauch setzen

Wirtschaft und Gesellschaft müssen dazu verpflichtet werden, die Belastungsgrenzen der Klima- und Ökosysteme strikt und ausnahmslos einzuhalten. Ohne absolute Grenzen für Natur- und Ressourcenverbrauch wird der bis 2050 erwartete Anstieg der Weltbevölkerung auf über 9 Milliarden Menschen zum ökologischen Kollaps führen. Die „Ziele für nachhaltige Entwicklung“, die in Rio+20 verhandelt werden, müssen deshalb solche Grenzen konkret und verbindlich formulieren – z.B. den Stopp der weltweiten Entwaldung bis 2020, das Ende des Anstiegs der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2015, den Stopp der Überfischung und der Anwendung zerstörerischer Fangmethoden bis 2020 oder den sofortigen Stopp der Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen auf Kosten von ökologisch wertvollen Gebieten (z.B. Urwälder) bei gleichzeitiger Reduktion des Futtermittelanbaus.

### 4. Wirtschaft ohne Grenzen ist nicht „grün“

In Rio wird ein „grünes“ Wirtschaftsmodell (Green Economy) diskutiert. Eine „Green Economy“, die allein auf Effizienzsteigerung und umweltfreundlichere Energien setzt, wird den ökologischen Kollaps nur verzögern, aber nicht verhindern. Nicht alles, was sich grün nennt, ist auch grün: die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist nur begrenzt möglich, und durch Produktionsverlagerung werden Emissionen ins Ausland verschoben. Effizienzgewinne führen häufig zu Mehrverbrauch, und regenerative Energien müssen fossile und nukleare Energien ersetzen, nicht nur ergänzen. Deshalb ist eine „Green Economy“ ohne absolute Obergrenzen für Energie- und Ressourcenverbrauch und deren Emissionen keine Lösung. Eine Wirtschaft ist nur dann grün, wenn sie die allgegenwärtige Verschwendung von Energie und Rohstoffen stoppt und einen realen Rückgang des Naturverbrauchs erreicht.

### 5. Nachhaltige Entwicklung ist kein technisches Problem

Saubere Technologien und „Green Economy“ sind nur ein Teil der Lösung. Soziale Benachteiligung und fehlende Teilhabe, Ungerechtigkeit und die Missachtung grundlegender Rechte, Armut und Unterversorgung, Hunger und Kriege verhindern Nachhaltigkeit. „Green Economy“ muss Menschenrechte und Demokratie mit verwirklichen und ein entscheidender Beitrag zur Konfliktverhinderung werden.

### 6. Unser Wachstumsmodell ist falsch

Eine „Green Economy“ muss mehr sein als dasselbe in Grün. Das bisher praktizierte Modell von Wirtschaftswachstum hat Wohlstand für eine kleine Minderheit auf Kosten der Mehrheit der Menschen geschaffen, die Natur ausgebeutet und die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert. Zu einem radikalen Neuanfang gehört der Abschied vom bisherigen Wachstumsmodell und seinem Irrglauben, dass in einer begrenzten Welt unbegrenztes Wachstum möglich sei.

## 7. Wachstum neu bewerten

Die Staaten müssen zwischen gutem und schlechtem Wachstum differenzieren. Das Bruttosozialprodukt als alleiniger Indikator muss ersetzt werden durch einen Indikator, der soziale, ökologische und humanitäre Faktoren gleichwertig neben dem materiellen Niveau berücksichtigt. In Rio sollte die Entwicklung eines solchen Indikators beschlossen werden.

## 8. Macht der Konzerne brechen

Wachstum, das Gesellschaft und Natur schadet, muss verhindert werden. Es ist eine Perversion von Wirtschaftswachstum, dass einzelne Konzerne heute über größere Budgets verfügen als manche Industrieländer. Die Entmündigung der Politik durch unkontrolliert agierende Konzerne muss beendet werden. In Rio müssen sich die Staaten deshalb auf die Entwicklung von strengen Regeln für Unternehmen einigen, damit diese demokratischer Kontrolle und Regulierung unterstellt werden. Eine Möglichkeit wäre, die Größe von Unternehmen gesetzlich zu begrenzen und fest zu legen, dass ihr Gewinn einen bestimmten Prozentsatz des investierten Kapitals nicht übersteigt. Gewinn erwirtschaften ist legitim, Gewinnmaximierung um jeden Preis und Profite auf Kosten der Allgemeinheit aber nicht. Unternehmen müssen zudem für ökologische und soziale Schäden ihres Handelns konsequent und weltweit haftbar gemacht werden, und die durch sie praktizierte Abwälzung von Umweltkosten auf die Allgemeinheit muss durch eine ökologisch orientierte Steuer- und Preispolitik unterbunden werden. Ebenso muss der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und die Missachtung von Menschenrechten durch multinationale Konzerne beendet werden.

## 9. Finanzbranche strikt regulieren

Um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, müssen die Finanzmärkte streng reguliert werden. Missbrauch von Finanzgeschäften und Spekulationen auf Kosten der Allgemeinheit und der wirtschaftlichen Stabilität (z.B. die Spekulation mit Nahrungsmitteln) müssen durch Gesetze, Steuern und Abgaben unterbunden werden. Die Finanzbranche muss die Kosten der durch sie verursachten Schäden tragen.

## 10. Umweltschädliche Subventionen radikal abbauen

Alle Beschlüsse zu nachhaltiger Entwicklung sind zum Scheitern verurteilt, solange nicht-nachhaltiges Handeln durch falsche Besteuerung und schädliche Subventionen staatlich belohnt wird. Allein in Deutschland belaufen sich die umweltschädlichen Subventionen auf rund 50 Milliarden Euro pro Jahr. Die weltweiten Agrarsubventionen betragen rund 350 Milliarden US-Dollar, und 2011

wurden weltweit rund 600 Milliarden Dollar Subventionen für klimaschädliche fossile Brennstoffe gezahlt, aber nur 70 Milliarden für Erneuerbare Energien. Als ersten Schritt zum Abbau umweltschädlicher Subventionen sollte in Rio das Ende der Subventionen für fossile Energieträger bis spätestens 2015 beschlossen werden.

## 11. Unfairen Welthandel reformieren

Nachhaltige Entwicklung ist nicht möglich, solange die bestehenden Ungerechtigkeiten und die ökologische wie soziale Blindheit des gegenwärtigen Welthandelssystems nicht korrigiert werden. Das bisher vorherrschende Konzept des Freihandels muss durch Handelsregeln ersetzt werden, die den Handel mit sozial fairen und ökologisch nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen begünstigen. Es muss möglich sein, umweltschädliche Produkte und Produkte aus sozial nicht verantwortbarer Herstellung handelspolitisch zu sanktionieren. Handelsregeln müssen konsequent Menschen- und Arbeitsrechte sowie multilateralen Umweltabkommen respektieren. Alle Länder, insbesondere Entwicklungsländer, müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Märkte vor einer für sie schädlichen Liberalisierung zu schützen.

## 12. Lebensstil der Verschwendung beenden

Die Industriestaaten, die historisch den größten Ressourcen- und Naturverbrauch hatten, müssen eine auf Genügsamkeit statt auf immer mehr Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsstrategie entwickeln. 1,4 Milliarden Menschen – nur ein Fünftel der Weltbevölkerung – verbrauchen 80 Prozent der Ressourcen. Angesichts der planetarischen Belastungsgrenzen müssen diese „Global Rich“, die längst auch in Ländern wie China, Brasilien, Russland, Indien und Südafrika beheimatet sind, ihren Ressourcenverbrauch am stärksten reduzieren, z.B. bei Fleischkonsum und fossilen Energien. Lebensstil und Konsummuster dieser Minderheit setzen Normen und müssen deshalb so gestaltet sein, dass breite Bevölkerungsteile in Entwicklungsländern die Möglichkeit zu nachhaltiger Entwicklung haben. Die Beendigung dieses verschwenderischen Lebensstils auf Kosten der Natur und ärmerer Länder muss durch Gesetze und politische Vorgaben, aber auch durch Bildung und öffentliche Diskussionen um alternative Lebensstile erreicht werden. Langfristig müssen alle Länder ihren Pro-Kopf-Verbrauch an Ressourcen begrenzen. Zuvor muss jedoch sichergestellt werden, dass die zwanzig Prozent der Menschheit am unteren Ende der Einkommenskala Grundbedürfnisse wie Ernährung, Zugang zu sauberem Wasser und Energie, Wohnraum, Gesundheit und Bildung befriedigen können.